

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 17.08.2023

**Zu Ö 9 Schaffung eines Zusatzangebots für die Beschulung von Seiteneinsteiger*innen; Gründung einer „Ankommenschule“
ungeändert beschlossen
FB 45/0400/WP18**

Frau Griepentrog begrüßt die anwesenden Vertretungen der beiden Schulen GHS Drimborn und GHS Aretzstraße im Publikum. Ebenso stellt sie Frau Baranowski als neue Schulaufsichtsbeamtin für den Bereich der Hauptschulen und als Nachfolgerin von Herrn Rudig vor.

Herr Brötz weist darauf hin, dass es sich bei dem Namen „Ankommenschule“ um einen Arbeitstitel handelt, welcher noch beliebig verändert werden könne. Die Vorlage beschreibe den aktuellen Stand und lege noch nicht verbindlich fest, wie die Beschulung welcher Kinder konkret aussehen solle. Die Verwaltung erhoffe sich die Zustimmung von der Politik, sei aber auch interessiert an kritischen Nachfragen. Es sei versucht worden, die Möglichkeit einer Segregation der Kinder im Vorfeld abzumildern. Der Fokus solle darauf liegen, bei den Kindern die Voraussetzungen für eine gelingende Bildungsbiografie zu schaffen. Sollte der Ausschuss dem Vorhaben zustimmen, würde die Verwaltung das weitere Vorgehen zusammen mit der Schulaufsicht und der Bezirksregierung präzisieren.

Frau Heider dankt der Verwaltung für die gute Arbeit. Die Fraktion Die Grüne möchte das Vorhaben gerne unterstützen. Die bisherigen Gespräche und die derzeitige Situation würden den Bedarf verdeutlichen, die Übergänge in die 5. Klasse oder zum Erreichen eines Abschlusses zu begleiten. Jedoch sehe sie die Herausforderung des Konzeptes, eine gelingende Integration für die ankommenden Kinder zu leisten, um einer Segregation vorzubeugen. Daher habe die Fraktion Die Grüne auch folgende Fragen bzw. kritische Anmerkungen:

1. Es müsse im Vorfeld definiert werden, welches Kind aus welchem Grund an welcher Schule erstbeschult und welches Kind in eine der bestehenden internationalen Förderklassen (IFK) aufgenommen werde. Die Ankommenschule verfolge unter anderem das Ziel, den Übergang von der 4. In die 5. Klasse zu verbessern, gleichzeitig könnten Grundschüler*innen nicht durch eine Hauptschule beschult werden. Sie hätten ein Recht auf eine „Grundschulumgebung“.
2. Auch wenn die Dauer der Beschulung an der Ankommenschule an dem individuellen Lernniveau des jeweiligen Kindes ausgerichtet sein solle, solle sie dennoch möglichst kurz sein. Es stelle sich daher die Frage, wann die Beschulung an der Ankommenschule ende. Weiterhin

halte die Fraktion eine Teilbeschulung für bestimmte Fächer an einer zweiten Schule aufgrund der räumlichen Trennung für unrealistisch, sinnvoller wäre daher, beispielsweise eine Art „Crashkurs“ in Deutsch an der Ankommensschule anzubieten und einen zügigen Wechsel ins Regelsystem anzustreben.

3. Auch die Anschlussbeschulung müsse vom individuellen Leistungsniveau abhängen. Dieses könne mittels entsprechender Tests ermittelt werden. Insbesondere dürfe keine Integration ins Hauptschulsystem als Standard stattfinden. Kindern aus der Ankommensschule sollten alle Schulformen in gleicher Weise offenstehen; die organisatorische Anbindung der Ankommensschule an eine Hauptschule dürfe nicht dazu führen, dass Kinder automatisch an dieser verbleiben. Hier wäre beispielsweise die Anknüpfung der Ankommensschule an den Schulverband Aachen-Ost denkbar oder aber eine weitgreifende Kooperation zu allen Schulformen in der Stadt.
4. Darüber hinaus regt die Fraktion an, nach Möglichkeit Synergieeffekte zwischen der Ankommensschule und den Regelschulen zu nutzen, um Doppelstrukturen zu vermeiden. An der Ankommensschule würden bisher für zunächst 36 Kinder personelle und räumliche Ressourcen eingeplant, die in keinem Verhältnis zu den Ressourcen an Regelschulen stehen würden. Parallel gebe es bereits viele Angebote, wie beispielsweise Mittagessenangebote, Lernzentren sowie Nachmittagsangebote in der GHS Aretzstraße sowie in der Hugo-Junkers-Realschule.

Herr Fischer unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, die Konzepte müssten teilweise noch miteinander verknüpft werden. Er regt an, bei den Planungen auf die bestehenden Fachexpertisen zurück zu greifen und benennt hier die Schulsozialarbeit, welche im Bereich der Integration eine wichtige Rolle spiele. Die Fachkräfte könnten zu den Arbeitstreffen eingeladen werden.

Herr Winkler berichtet, dass es auch bereits einen Austausch der Elternvertretungen auf kommunaler sowie Landesebene gegeben habe. Die Eltern würden die benannten Vorbehalte teilen, sähen aber auch die Notwendigkeit.

Herr Stangl dankt der Verwaltung für die Vorlage. Die Sprache sei der Schlüssel für eine gelingende Integration, zudem würden die Lehrkräfte im Regelschulsystem entlastet. Er hofft auf einen guten Austausch der Schulen untereinander, welche Kinder im Anschluss an die Ankommensschule an welcher Schulform weiter beschult werden könnten. Allerdings solle ein besonderer Augenmerk auf den Übergang von der 4. in die 5. Klasse gelegt werden. Er halte es für sinnvoll, alle Kinder gemeinsam in die 5. Klasse starten zu lassen. Sofern Kinder aus der Ankommensschule erst nachträglich in eine bereits gebildete 5. Klasse aufgenommen würden, wären diese erneut Neuankömmlinge.

Herr Becker macht darauf aufmerksam, dass das Thema Zuwanderung noch einige Jahre andauern werde. Der vorgestellte Lösungsansatz sei seiner Ansicht nach hervorragend und pragmatisch. Auch er halte es für wichtig, das Spannungsverhältnis zwischen der sprachlichen Bildung bei gleichzeitiger Integration in die Klassengemeinschaft möglichst gering zu halten. Daher solle sich die Beschulung in der Ankommensschule auf das Wesentliche konzentrieren, sodass der Wechsel ins Regelschulsystem zeit-

nah erfolgen könne. Bevor ein Kind tatsächlich wechseln könne, müsse ein Evaluationsprozess erfolgen. Er schließt sich Frau Heider an, dass es keine automatische Anschlussbeschulung in einer Hauptschule geben dürfe.

Herr Rohé dankt den Hauptschulen für die Übernahme dieser herausfordernden Aufgabe. Er würde es allerdings begrüßen, wenn auch andere Schulformen sich für die Einrichtung von IFK bereit erklären würden.

Frau Giesen begrüßt das Konzept ausdrücklich. Sie regt an, eine gute und klare Struktur, insbesondere mit Blick auf die Leitung, zu finden.

Frau Vallot stimmt der Vorlage zu, es sei eine gute Vorarbeit geleistet worden. Ihrer Ansicht nach handele es sich bei dem Namen Ankommensschule um einen treffenden Begriff.

Herr Fischer widerspricht Herrn Rohé und berichtet, dass es IFK zwischenzeitlich an allen Schulformen gebe, dies habe sich in Aachen positiv entwickelt. Die Ankommensschule würde nun sukzessive aufgebaut, auch hinsichtlich des Personals. Je nach Bedarf regt er an, im Rahmen der Haushaltsberatungen weitere Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit zu berücksichtigen.

Frau Baranowski lobt die bisherige Vorarbeit. Sie informiert über die Erlasslage, wonach eine Beschulung außerhalb des Regelschulsystems nur maximal für ein Jahr erfolgen dürfe. Die Konzepte müssten daher hierauf ausgerichtet sein.

Herr Brötz dankt dem Ausschuss für die Zustimmung zum Konzept.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Prüfung zur rechtlichen, organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung zur Umsetzung des Projekts „Ankommensschule“ am Standort der Alkuin Realschule und ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
Einstimmig.